

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
176 · Ausgabe CH · Juli 2018
AZB 3001 Bern



Im Gespräch mit dem Bundespräsidenten

Alain Berset befindet sich mitten in seinem Amtsjahr als Bundespräsident. Im Interview erzählt er von seinen Erfahrungen, spricht über aktuell relevante Themen, Ideen, Visionen und plaudert aus dem (nicht ausschliesslich politischen) Nähkästchen. Seiten 4 und 5

FRAUENJAHR

Lohnungleichheit, Gewalt gegen Frauen und die fehlende Anerkennung von Care-Arbeit – bis zur vollständigen Gleichstellung der Geschlechter ist es noch ein weiter Weg. Die SP Schweiz, die SP Frauen* und die JUSO Schweiz gehen in diesem Bereich in die Offensive. Seiten 6 und 7

COMMONS

«Ein Gespenst geht um die Welt – das Gespenst der Commons.» Alle reden über sie, doch was macht diese «Commons» genau aus? Diese Frage beantwortet der politische Philosoph Lukas Peter in dieser Ausgabe. Seiten 14–16

Liebe Genoss*innen
Liebe Sympathisant*innen



«Wenn Frau will, steht alles still.» Unter diesem Motto legten am 14. Juni 1991 eine halbe Million Frauen in der Schweiz ihre Arbeit nieder – also doppelt so viele Menschen wie beim Generalstreik 1918. Der Grund dafür: Zehn Jahre nach der Verankerung des Gleichstellungsartikels in der Verfassung war ebendiese Gleichstellung nicht annähernd erreicht. Damals trieb vor allem die immense Lohnungleichheit die Frauen auf die Strasse. Und wo stehen wir heute? SP und JUSO lancierten am 14. Juni 2018 das Frauenjahr, um drei Hauptforderungen Gewicht zu verleihen: Keine Gewalt an Frauen, Anerkennung

aller Arbeit und eben auch Lohngleichheit. «Damit endlich selbstverständlich wird, was selbstverständlich sein sollte», heisst es im dazugehörigen feministischen Manifest. Ja, für diese Anliegen sollten wir eigentlich schon lange nicht mehr kämpfen müssen. Nicht mehr für dieselben Forderungen auf die Strasse gehen wie 1991. Hat sich also nichts getan? Sind wir keinen Schritt weiter?

Alain Berset spricht im Interview in dieser Ausgabe davon, dass man sich im Bereich der Lohngleichheit «allzu lange beklagt» habe, «ohne wirklich etwas zu unternehmen». Aber bei allem Respekt für unseren Bundespräsidenten: Unternommen wurde vieles. Der Frauenstreik markiert dabei nur die Spitze des Eisbergs. Frauen in der ganzen Schweiz haben immer und immer wieder demonstriert, sich konstant engagiert. Wie Tamara Funicello weiter hinten in dieser Ausgabe schreibt, stehen wir auf den Schultern der Frauen, die vor uns da waren. Wir bauen auf ihren Errungenschaften auf und führen ihre Kämpfe weiter. Wir profitieren davon, dass die Arbeiterinnen 1918 nicht nur gestreikt, sondern auch für die Kinderbetreuung und die Lebensmittelversorgung gesorgt haben, wie die Historikerin Katharina Hermann im Interview auf Seite 13 anschaulich erläutert. Ansonsten wäre der Landesstreik wohl kaum möglich gewesen. Ansonsten wären die diversen sozialen Errungenschaften nicht Realität geworden. Von diesen – etwa der AHV – profitieren wir heute noch. Genauso wie von der 68er-Bewegung, die uns sexuell und gesellschaftlich freier gemacht hat. Wir profitieren vom Engagement der Feministinnen, die das Frauenstimmrecht erkämpften und eine Änderung im Ehe-recht erstritten, die uns erlaubt, verheiratet zu sein, ohne unterjocht zu werden.

All diese Kämpfe haben Frauen geführt und all diesen Frauen gilt mein tiefster Respekt. Weil sie nicht akzeptierten, was inakzeptabel ist, und nicht schwiegen. Eben weil sie sich beklagten, und zwar so lange, bis der Druck auf die Männer gross genug wurde, bis sie nicht mehr anders konnten, als einen Teil ihrer Privilegien abzugeben.

Lasst uns also laut sein. Lasst uns diskutieren, streiten und gemeinsam kämpfen für das, was eigentlich längst selbstverständlich sein sollte. Denn das Patriarchat stürzt sich nicht von allein.

Muriel Günther

Vertretung von Andrea Bauer, Chefredaktorin «links»

INHALT

- 2–3 **Aktuell**
- 4–5 **Gespräch**
Der amtierende Bundespräsident Alain Berset im Interview
von Gaël Bourgeois und Vincent von Siebenthal
- 6–7 **Gleichstellung**
Das Frauenjahr der SP Schweiz, der SP Frauen* und der JUSO Schweiz ist lanciert
von Martine Docourt, Tamara Funicello, Nina Hüssler, Natascha Wey und Rebekka Wyler
- 8 **Positionen**
Die Verbindung zwischen Steuervorlage 17 und AHV: eine Begründung
von Anita Fetz
- 9–12 **Kantone**
Die Seiten der Kantonalparteien
- 13 **Landesstreik**
Historikerin Katharina Hermann über die Rolle der Frauen im Landesstreik 1918
von Gisela Nyfeler
- 14–16 **Debatte**
Commons und die Demokratisierung der Gesellschaft
von Lukas Peter
- 17 **Nachruf**
Merci, lieber Alex
von Flavia Wasserfallen
- 18–19 **Diverses/Agenda**

Kriegsgeschäfteinitiative ist eingereicht

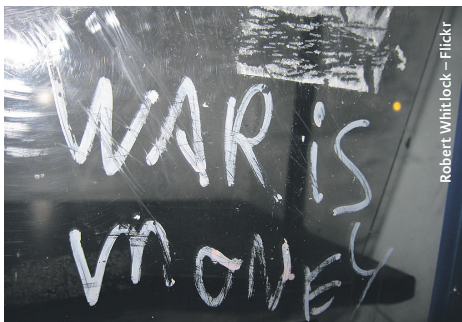
Am 21. Juni hat die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) ihre nationale Kriegsgeschäfteinitiative mit mehr als 100 000 Unterschriften eingereicht. Die Initiative



fordert, dass die Schweizerische Nationalbank und Schweizer Pensionskassen keine Investitionen mehr in die Rüstungsindustrie tätigen. Damit sollen unter anderem ein Beitrag zu einer friedlicheren Welt geleistet und die Mitsprache der Bevölkerung gefördert werden, was die Verwendung des Volksvermögens betrifft.

Der Bundesrat macht den Bückling vor der Waffenlobby

Geht es nach dem rechtsbürgerlichen Bundesrat – allen voran Johann Schneider-Ammann und Ignazio Cassis – wird die Kriegsmaterialverordnung gelockert. Damit



würden beispielsweise Kriegsmaterialexporte nach Saudi-Arabien möglich, Konflikte würden weiter befeuert zum Schaden der Zivilgesellschaft in den betroffenen Ländern. Wer profitiert, ist die Rüstungsindustrie, die ihren Absatzmarkt auf Kosten von Menschenleben erweitern kann. Die SP verurteilt dieses Vorgehen aufs Schärfste und fordert, die aktuelle Fassung der Kriegsmaterialverordnung zu respektieren und sofort alle Bewilligungen für Kriegsmaterialausfuhren in Länder zu stoppen, die in innere oder internationale Konflikte verwickelt sind.

Das Frauenjahr ist lanciert

Die SP Schweiz, die SP Frauen* und die JUSO Schweiz haben am 14. Juni – am Jubiläumstag des Frauenstreiks von 1991 – nach lutherischer Manier ein feministisches Manifest



ans Bundeshaus geschlagen. Mit dieser Aktion wurde das Frauenjahr 2018/2019 eingeläutet, das im Zeichen der Gleichstellung stehen wird. Mehr Informationen unter www.frauenjahr.ch und auf den Seiten 6 und 7 dieser Ausgabe.

Flavia Wasserfallen und Adrian Wüthrich neu im Nationalrat

In der Sommersession konnte die SP-Fraktion zwei neue Gesichter in ihren Reihen begrüßen. Flavia Wasserfallen, ehemalige Co-Generalsekretärin der SP Schweiz, ersetzt



die neu gewählte Berner Regierungsrätin Evi Allemann. Adrian Wüthrich, Berner Grossrat aus dem Oberaargau, rückte für den kürzlich verstorbenen Alexander Tschäppät nach.

Der 12-Stunden-Arbeitstag droht

Die ständerätliche Wirtschaftskommission (WAK-S) hat bekannt gegeben, den Arbeitnehmendenschutz massiv aufweichen zu wollen. Sie folgt damit zwei parlamentarischen Initiativen von Karin Keller-Sutter (FDP) und Konrad Graber (CVP). Für Arbeitnehmende mit «Vorgesetztenfunktion» oder «Fachpersonen mit wesentlichen Entscheidungsbefugnissen in ihrem Fachgebiet» soll die Arbeitszeit weitgehend flexibilisiert werden. Für diese Personen ist Sonntagsarbeit nicht mehr bewilligungspflichtig. Mit diesen Regelungen soll den Arbeitnehmenden jegliches Recht genommen werden, sich gegen die Leistung von Überstunden zu wehren. Sie widersprechen klar den sozialpartner-

schaftlichen Vereinbarungen bezüglich einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Für die SP ist dieser Entscheid absolut inakzeptabel und auch die Gewerkschaften wehren sich vehe-



ment gegen die Pläne der Kommission. Das Schweizer Arbeitsrecht ist heute schon eines der liberalsten in Europa, Studien belegen den dramatischen Anstieg von Burn-out-Fällen und Stresserkrankungen am Arbeitsplatz. Eine weitere Aufweichung des Arbeitnehmendenschutzes mutet in diesem Kontext geradezu zynisch an – gleichzeitig ist sie aus Sicht der Arbeitgeber natürlich der nächste logische Schritt im Zuge der Ausbeutung der Arbeitnehmenden.

So werden die CO₂-Ziele nicht erreicht

Die Auswirkungen der Klimaerhitzung gehören zu den grössten mittelbaren Bedrohungen der Menschheit. Der Bundesrat und die Mehrheit der Umweltkommission des Nationalrats aber nehmen die Emissions-



reduktionsziele, zu denen sich die Schweiz mit dem Pariser Abkommen verpflichtet hat, nicht ernst. Nachdem die Kommission die Inlandziele viel zu tief ansetzte, strich sie nun auch noch die Massnahmen betreffend Gebäudesanierung. Der Verkehrsbereich wird ungenügend thematisiert und das grosse Potenzial eines sauberen Finanzplatzes Schweiz wird verkannt: Momentan fliessen viel zu viele Investitionen in die Förderung von Öl- und Gasvorkommen. Damit wird die Chance vergeben, in erneuerbare Energiequellen zu investieren und damit grosse Mengen an Treibhausgasen einzusparen. Ausserdem kann so das Platzen der Kohlenstoffblase nicht verhindert werden, zu dem es zwangsläufig kommt, sobald auf die Förderung von nichterneuerbaren Ressourcen verzichtet wird.

«Wir brauchen weiterhin einen langen Atem»

ALAIN BERSET IST SEIT ANFANG JAHR BUNDESPRÄSIDENT – DER JÜNGSTE SEIT 80 JAHREN. DAS FRANZÖSISCHSPRACHIGE MITGLIEDERMAGAZIN DER SP «SOCIALISTES» TRAF IHN ZUM GESPRÄCH. DABEI GING ES UM SCHLÜSSELFRAGEN SEINES DEPARTEMENTS DES INNERN (EDI), ABER AUCH UM DAS PRÄSIDENTIALJAHR SOWIE UM DIE UMBRÜCHE IN DER MEDIENWELT UND DER POLITISCHEN LANDSCHAFT.

SOCIALISTES – Nach unserem letzten Gespräch im Mai 2014 titelten wir: «Ein fantastisches Departement». Gefällt dir die Arbeit im EDI immer noch so gut?

Absolut! Auch wenn es ein anspruchsvolles, komplexes Departement ist, bleibt es äusserst faszinierend. Denn hier fühlt man den Puls der Gesellschaft am besten. Viele wichtige und für die Bevölkerung konkrete Themen kommen aus dem EDI.

Hast du ein paar Beispiele?

Was passiert, wenn wir krank werden oder das Pensionsalter erreichen? Wenn wir einen Unfall haben? Wenn man den Beruf wechseln muss? Wenn Kinder mit Beeinträchtigungen geboren werden und Unterstützung brauchen? Das EDI ist das Departement der Solidarität, hier geht es darum, wie wir es in der Schweiz auch künftig schaffen, alle mitzunehmen.

Hast du aus deinem Präsidentschaftsjahr schon eine hübsche Anekdote auf Lager?

Oh, da gäbe es viele! Ich muss mal kurz durch meine Fotos scrollen ... (lacht) Voilà, der Brief eines kleinen, vielleicht 6- oder 7-jährigen Mädchens, das mir geschrieben und eine Zeichnung beigelegt hat: «Wir müssen uns besser um die Umwelt kümmern», steht darunter. Das Mädchen möchte weniger Abfälle, keine Autos und keine Strassen, dafür mehr Platz für die Natur. Und es findet, dass wir auch auf den Bäumen leben könnten. Ich habe diesem Mädchen selbstverständlich geantwortet – ganz offiziell, mit Briefkopf des Bundes – und ebenfalls eine Zeichnung gemacht.

Das Jahr 2017 war innenpolitisch sehr bewegt, denken wir nur schon an die Rentenreform. Nun muss das Ganze neu überdacht werden. Wie gedenkst du vorzugehen?

Durch den demografischen Wandel und die hartnäckig tiefen Zinsen haben wir ein echtes Finanzierungsproblem: Es gibt eine grosse Generation, die heute noch arbeitet und einzahlt, aber bald schon in Rente gehen wird: Die sogenannten Babyboomer. Auch sie haben Anrecht auf eine anständige Rente, eine sichere Altersvorsorge. Es kann nicht sein, dass wir plötzlich die Renten senken, nur weil viele gleichzeitig in Pension gehen.

Was heisst das ganz konkret?

Wir werden die 1. und die 2. Säule nicht mehr miteinander, sondern getrennt reformieren – aber mit gleichen Parametern wie etwa jenem des Rentenalters. Die Diskussionen laufen jetzt. Auf jeden Fall muss die Altersvorsorge modernisiert und den Bedürfnissen angepasst werden, die andere sind als vor 20, 30 oder 40 Jahren. Lebensstil, Arbeit und Organisation der Familien haben sich ja stark verändert.

Gibt es für dich rote Linien, die nicht überschritten werden dürfen, damit die zukünftige Reform mehrheitsfähig ist?

Die roten Linien werden letztlich von den Stimmbürgerinnen und -bürgern gezogen. Sie beurteilen, ob die Reform die konkrete Situation der Leute, nicht zuletzt auch die Realitäten auf dem Arbeitsmarkt, berücksichtigt. Sie brauchen eine Rente, mit der sie

in Würde im Alter leben können. Klar scheint auch, dass es zurzeit weder eine Mehrheit für ein höheres Rentenalter als 65 gibt noch eine Mehrheit für Rentensenkungen.

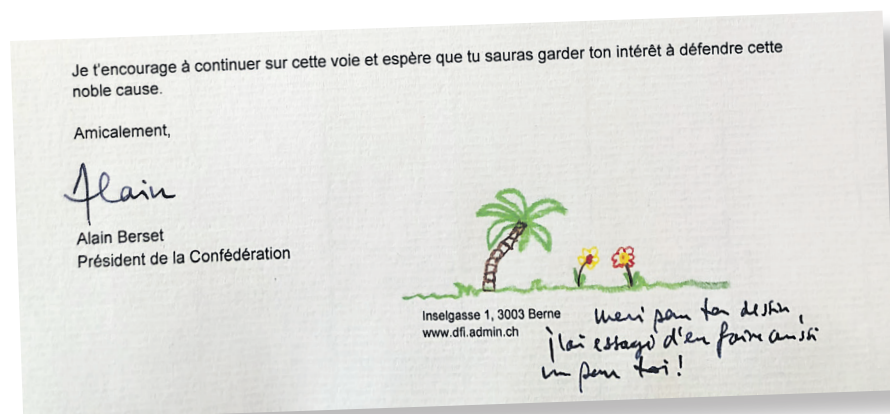
Heisst das nicht einfach, das Rentenniveau muss erhalten bleiben?

Das scheint mir eine unbestrittene Forderung. Der Bundesrat hat schon mehrmals bestätigt, dass er das Rentenniveau halten will. Das gilt für beide Säulen, wobei bei der 2. Säule, der Pensionskasse, zuerst die Sozialpartner am Zug sind. Sie diskutieren zurzeit über eine Reform der 2. Säule.

Themenwechsel: Die SDA und die Presse sind in grossen Schwierigkeiten. Wie siehst du die Zukunft der Information und der Medienlandschaft?

Zuerst möchte ich festhalten, wie froh ich bin über die überaus klare Ablehnung der No-Billag-Initiative. Damit hat die Bevölkerung bestätigt, dass gute Information und Qualitätsmedien nicht gratis zu haben sind. Klar, man kann sich heute durch Gratiszeitungen oder in sozialen Netzwerken «informieren», aber das reicht meiner Ansicht nach nicht aus, um umfassend informiert zu sein. Unsere direkte Demokratie ist auf qualitativ gute und umfassende Information angewiesen, auf eine Vielfalt von Meinungen und eine breite Debatte. Die momentane Entwicklung der Presselandschaft ist rasant. Natürlich gilt es überall, mit der Zeit zu gehen und sich anzupassen. Der finanzielle Druck ist hoch. Gleichzeitig ändern sich die Konsumgewohnheiten. Die Abo-Zahlen gehen zurück, die Werbung ebenso, die zudem zu den neuen Medien abwandert, vor allem zu den Internet-Giganten Google und Facebook. Ungeachtet all dessen: Wir haben immer noch eine Qualitätspresse, und neue Medien kompensieren teilweise den Konzentrationsprozess.

Nach der Ankündigung des Kaufs von 30 Titeln, vor allem Gratiszeitungen in der Deutschschweiz, dürfte Christoph Blocher auch in der Suisse romande entsprechende Käufe tätigen. Steuert die Schweiz da auf italienische Verhältnisse zu?





SP-Schweiz / Ludien Grandjean

Das ist eine äusserst spannende Debatte! Ich habe vor einiger Zeit mit dem ehemaligen Chefredaktor einer grossen welschen Tageszeitung über politisch positionierte Zeitungen gesprochen. Er sagte mir, das Modell der politischen Tagespresse werde in der Schweiz nicht funktionieren und die Basler Zeitung den Besitzer wieder wechseln. Er erinnerte auch daran, dass die politische Ausrichtung der Tagespresse einst viel weiter ging, aus wirtschaftlichen Gründen aber zurückgesetzt wurde. Deshalb könne das italienische Modell in unserem Land nicht funktionieren.

Welche Rolle kann die öffentliche Hand in dieser Hinsicht spielen? Wie weiter mit der SDA?

Mit dem neuen Gesetz über elektronische Medien, das in Vorbereitung ist, wird deren Gesetzesrahmen modernisiert und die staatliche Unterstützung definiert. Der SRG kommt in unserer Medienlandschaft eine wichtige Rolle zu. Und auch die Unterstützung von privaten Regionalradios und TV-Sendern durch Gebührengelder ist von grosser Relevanz. Bei der SDA präsentiert sich die Lage heute so: In einem mehrsprachigen Land mit einem ziemlich komplexen Politsystem wie dem unsern ist eine qualitativ hochstehende und umfas-

sende Informations-Grundversorgung durch eine Presseagentur wichtig. Deshalb hat der Bundesrat bereits zwei Millionen Franken für die Unterstützung der SDA aus der Radio- und Fernsehgebühr reserviert. Mit der rechtlichen Grundlage in der Radio- und Fernsehverordnung für den Einsatz dieser Mittel wird sich der Bundesrat nach der Sommerpause befassen. Ende April hat die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerats diesen Vorschlag klar befürwortet.

Ohne dem «diplomatischen Tweet» à la Trump zu verfallen, bist du ein grosser Fan der sozialen Netzwerke. Was bringen dir Instagram und Co. im politischen Geschäft?

Ich war bereits vor meiner Wahl in den Bundesrat auf Facebook und Twitter aktiv. Für mich ist Twitter ein Instrument der direkten politischen Kommunikation. Facebook wird von meinem Team bewirtschaftet und ist eher dazu da, die verschiedenen Facetten des Bundesratsberufs zu zeigen. Instagram hingegen verwalte ich selber. Dieser Kanal ist viel persönlicher. Eine Art privater Garten, der öffentlich einsehbar ist, wo ich nach Lust und Laune poste, was mir ins Auge sticht. Das Foto mit den Sumo-Ringern zum Beispiel entstand so, ganz spontan. Ich habe mit meinem Team vor dem Posten nicht darüber gesprochen; vielleicht hätten sie mir ja davon abgeraten (lacht).

Ein grosses Thema dieses Jahr ist die Lohnungleichheit. Denkst du, dass es bald so weit sein wird?

Ich bin glücklich, wie sich die Diskussion in den letzten Jahren entwickelt hat. Denn allzu lange hat man diesen Missstand beklagt, ohne wirklich etwas zu unternehmen. Wohl noch nie gab es so viel Bemühungen für mehr Lohnungleichheit wie jetzt. Das Projekt, das der Bundesrat ins Parlament gebracht hat, betrifft grössere Unternehmen. Für den öffentlichen Bereich hat das EDI eine Lohngleichheits-Charta lanciert. Mit dieser sichern die Unterzeichner zu, dass sie in ihrem Bereich die Lohnungleichheit einhalten. Bis heute sind der Charta 14 Kantone beigetreten, ebenso um die 40 Städte und Gemeinden. Ein nächster Schritt könnte die Ausdehnung auf die halböffentlichen Institutionen sein, etwa auf Spitäler oder soziale Einrichtungen. Schon seit zwei, drei Jahren müssen Unternehmen, die Aufträge des Bundes ausführen wollen, belegen, dass sie die Lohnungleichheit einhalten. Das mag nach wenig aussehen, aber es handelt sich hier um mehr als 30 000 Firmen. Aber klar, es braucht weiterhin Anstrengungen und einen langen Atem.

ALAIN BERSET

ist seit 2012 Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern und seit 2018 Bundespräsident. Er wurde 1972 in Freiburg geboren, ist verheiratet und hat drei Kinder.

Instagram: @alain.berset – Twitter: @alain_berset – Facebook: @BersetAlain

«Auf Instagram poste ich eher nach Lust und Laune.»



EIN FEMINISTISCHES MANIFEST, EIN NAGEL, EIN HAMMER UND ZAHLREICHE ENGAGIERTE – DAS SIND DIE HAUPTKOMPONENTEN, DIE ES FÜR DIE GELUNGENE LANCIERUNGSAKTION DES FRAUENJAHRS VOM 14. JUNI BRAUCHTE. IN BERN UND AN VIELEN WEITEREN ORTEN IN DER GANZEN SCHWEIZ HABEN AKTIVISTINNEN DAS MANIFEST AN WÄNDEN UND TÜREN BEFESTIGT UND DAMIT GESAGT: WIR HABEN GENUG! GENUG VON LOHNGLEICHHEIT, GENUG DAVON, DASS UNSERE ARBEIT NICHT ANERKANNT WIRD UND, GENUG VON GEWALT.

Auf dieser Doppelseite schreiben nun sechs dieser Aktivistinnen über das Manifest und dessen Forderungen. Sie stellen klar, warum der feministische Kampf bis heute kein bisschen an Wichtigkeit verloren hat und weshalb sich die SP Schweiz, die SP Frauen* und die JUSO Schweiz dieses Themas im nächsten Jahr besonders intensiv annehmen werden.



**Forderung 1 des Manifests
LOHNGLEICHHEIT JETZT**

Auch im Jahr 2018 verdienen Frauen noch fast 20 Prozent weniger als Männer. Frauen arbeiten also einen Tag pro Arbeitswoche umsonst für Wirtschaft und Gesellschaft. Das ist ein Tag pro Woche, während dem sie nicht für ihre Altersrenten vorsorgen können. Auch wenn man die erklärbaren (wenn auch nicht zwingend zu rechtfertigenden) Faktoren miteinbezieht (Teilzeitarbeit, «gläserne Decke», Karriereunterbrüche aufgrund von Mutterschaft), bleibt eine Lohndiskriminierung von sechs bis neun Prozent. Diese erklärt sich einzig und alleine aus der Tatsache, dass eine Frau eine Frau ist und kein Mann. Das ist inakzeptabel. Fast vierzig Jahre nach der Inkraftsetzung des Gleichberechtigungs-Artikels ist die Gleichstellung immer noch nicht erreicht. Simonetta Sommaruga hat ein Gesetz durchs Parlament gebracht, das Unternehmen zwingt, ihre Lohnstrukturen zu kontrollieren. Nur zwei Prozent der Unternehmen, aber 54 Prozent der Angestellten sind davon betroffen. Das ist zwar bloss ein erster Schritt – den es aber unbedingt zu machen gilt! Im nun lancierten Frauenjahr werden wir keine Zurückweisung der Vorlage an die Kommission mehr akzeptieren, keine Ablehnung und keine Hinhaltenaktik. Gleichstellung! Und zwar jetzt!

Géraldine Savary, Vize-Präsidentin SP Schweiz



**Forderung 2 des Manifests
ANERKENNUNG ALL UNSERER ARBEIT**



Frauen verdienen im Schnitt immer noch weniger als Männer. Dies, obwohl sie mehr arbeiten, wenn man auch die unbezahlte Arbeit mitzählt. Dieser Zustand ist inakzeptabel – vor allem, da die Frauen in der Schweiz nicht einmal einen Zehntel des Vermögens besitzen und weniger als ein Viertel aller Einkommen erhalten. Durch den immensen Anteil an unbezahlter Arbeit, die Frauen leisten, erhalten sie im Alter tiefere Renten. Um diesem Missstand entgegenzuwirken, brauchen Frauen dringend höhere AHV-Renten, einen Ausbau der Pflegegutschriften in der AHV, und die Diskriminierungen in der Pensionskasse müssen beseitigt werden.

Zusätzlich braucht es zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie staatliche Investitionen in die Kinderbetreuung, um die ökonomische Unabhängigkeit für Frauen zu erreichen. Und natürlich eine Arbeitszeitreduktion bei gleichbleibendem Lohn – damit wäre Care-Arbeit nicht mehr Frauensache, sondern die Sache aller.

Martine Docourt und Natascha Wey,
Co-Präsidentinnen SP Frauen* Schweiz



Frauen, erhebt euch – und die Welt erlebt euch!

«Was selbstverständlich sein sollte, muss endlich selbstverständlich werden», heisst es im Frauenmanifest, das wir am 14. Juni ans Bundeshaus genagelt haben. Dieser Satz fasst den Kampf zusammen, der die Frauenbewegung von Beginn an prägt – den Kampf um das, was eigentlich selbstverständlich sein sollte: Das Recht über den eigenen Körper bestimmen zu können, die Anerkennung aller geleisteten Arbeit, das Recht zu wählen, Recht auf körperliche Integrität – einfach Mensch zu sein.

Vieles wurde schon erreicht. Dass wir heute wählen und politisieren können, wie wir es tun, dass wir Bundesrätinnen und Regierungsrätinnen, Vize-Präsidentinnen und Aktivistinnen haben, dass wir Mutterschaftsversicherung, AHV und Erziehungsgutschriften erhalten, ist dem Kampf der Frauen inner- und ausserhalb dieser Partei zu verdanken.

Auf ihren Schultern stehen wir. Und auf unseren Schultern werden weitere Frauen stehen. Denn der Kampf ist noch lange nicht zu Ende: Die Geschichte zeigt, dass wir zurückfallen, sobald wir nachlassen. Damit das nicht passiert, müssen wir Frauen* uns organisieren, neue Ideen diskutieren, auch mal gemeinsam streiten und dann gemeinsam kämpfen. Mutig, aufmüpfig und laut.

Wir, die hier schreiben, sind überzeugt: Die Revolution wird feministisch – oder sie wird unbedeutend.

«As we go marching, marching, we're standing proud and tall. The rising of the women means the rising of us all!» In diesem Sinne, Genossinnen*: Auf die Strassen und nieder mit dem Patriarchat!

Tamara Funciello, Präsidentin JUSO Schweiz



Forderung 3 des Manifests **KEINE GEWALT GEGEN FRAUEN**

«There is one universal truth: violence against women is never acceptable, never excusable, never tolerable.» In die Tradition dieses Zitats des ehemaligen UNO-Generalsekretärs Ban Ki-Moon reiht sich auch die dritte Forderung des Frauenmanifests ein: «Keine

Gewalt gegen Frauen. Niemand darf uns ohne unser Einverständnis berühren, uns bedrängen oder belästigen.» Gewalt gegen Frauen ist Tatsache. Sie existiert in verschiedenen Formen, Ländern und Gesellschaftsschichten. Gemeinsam ist ihr vor allem eines: Sie ist Ausdruck eines strukturellen Machtungleichgewichts zwischen Männern und Frauen. Unterstrichen wird das durch den Fakt, dass 95 Prozent der Gewalt gegen Frauen durch Männer verübt wird. Der gefährlichste Ort für Frauen sind dabei die eigenen vier Wände. Dort finden die meisten Übergriffe statt, oft in Wechselwirkung mit ökonomischer Ungleichheit: Wie oft können Frauen ihren gewalttätigen Partner nicht verlassen, weil sie finanziell von ihm abhängig sind? Es ist an der Zeit, dass sich all das endlich ändert.

Nina Hüsser, Verantwortliche Lancierungsaktion vom 14. Juni



STAND PUNKT



Rebekka Wyler,
Co-Generalsekretärin der
SP Schweiz

Es geht los! Das Frauenjahr 2018/2019

«Die SP-Frauen geben den Luther», hiess es Ende Mai in der NZZ. Die Journalistin hatte vernommen, dass die Sozialdemokrat*innen am 14. Juni ein Frauenjahr lancieren würden: Ein Jahr, das die Gleichstellung ins Zentrum stellt. Dabei hatten wir uns am Reformations-Jubiläum orientiert: Fast wie Luther damals nagelte Tamara Funciello am Jahrestag des Frauenstreiks von 1991 das Manifest der Frauen ans Bundeshaus. Handwerklich begabte Jungsozialist*innen hatten die ganze Sache so vorbereitet, dass medienwirksam gehämmert werden konnte, ohne den geringsten Schaden am Gebäude anzurichten. Auch an zahlreichen anderen Orten in der Deutschschweiz, in der Romandie und im Tessin wurde unser Manifest öffentlich angeschlagen. Die Aktion fand breites Echo und zeigte: Frauenthemen sind keineswegs von gestern. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschäftigen Frauen und Männer jeden Alters. Und wie die #metoo-Debatte gezeigt hat, sind viele Frauen Gewalt und Belästigungen ausgesetzt. Das kann und darf nicht sein. Oder wie es im Manifest zum Frauenjahr heisst: «Was selbstverständlich sein sollte, muss endlich selbstverständlich werden.»

Der 14. Juni 2018 war aber nur ein Anfang. Natürlich ist jedes Jahr für uns ein Frauenjahr, denn Frauenthemen sind für die SP schon lange ein Thema. Doch in diesem Jahr haben wir mehr vor! Wir wollen zusammenstellen, was die SP-Politik in Sachen Gleichstellung der Geschlechter bereits erreicht hat. Dazu gehört auch eine (lange) Liste, was es noch zu tun gibt. Und wir lancieren einen Katalog mit Aktionsideen: Was kann jeder und jede von uns am Arbeitsplatz, in der Familie oder in der Freizeit für die Gleichstellung tun? Denn die Diskussion über wichtige Themen wie Lohngleichheit, Kinderbetreuung oder Altersvorsorge muss im Alltag geführt werden. Dabei gilt es, den 20. Oktober 2019 nicht aus den Augen zu verlieren. Denn auch für Frauenthemen gilt: Wahltag ist Zahltag. Für die Gleichstellung der Geschlechter hat die rechtsbürgerliche Mehrheit im Parlament nicht viel unternommen. Die SP stellt deshalb auch 2019 wieder gleich viele Frauen wie Männer zu den Wahlen auf. So wollen wir die Gleichstellung in der Politik wie auch im Alltag voranbringen.

Wer eine Idee hat für eine Gleichstellungsaktion:
Bitte meldet euch unter frauen@spschweiz.ch!

Hast du das Manifest schon unterschrieben?
Falls nicht, kannst du das unter www.frauenjahr.ch jetzt gleich nachholen! Dort kannst du das Manifest auch in gedruckter Form bestellen, es aufhängen und damit Flagge zeigen.

Weshalb wir den Kompromiss überzeugt mittragen

ANITA FETZ IST STÄNDERÄTIN UND MITGLIED DER VORBERATENDEN KOMMISSION WAK-S, DIE DIE VERBINDUNG ZWISCHEN STEUERVORLAGE 17 UND AHV-FINANZIERUNG AUF'S TAPET BRACHTE. NACHFOLGEND ERKLÄRT SIE, WESHALB SICH DIE SP DAFÜR ENTSCHEIDEN HAT, DEN KOMPROMISS ZU UNTERSTÜTZEN.

Nachdem wir das Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform USR III sehr deutlich gewonnen hatten, waren die Forderungen unserer Partei im Hinblick auf eine Ersatzvorlage klar: mehr Gegenfinanzierung durch die Unternehmen und soziale Ausgleichsmassnahmen.

Nach der Präsentation der «Steuervorlage 17» durch den Bundesrat und der Ankündigung der meisten Kantone, sie wollten ihre Gewinnsteuern um etwa 40 Prozent senken, waren wir uns einig: So geht es nicht. Deshalb versuchten wir zuerst, die Bundesmilliarde für die Kantone an Auflagen bezüglich der kantonalen Gewinnsteuern zu binden. Doch damit bissen wir bei der Gegenseite auf Granit. Aus diesem Grund entstand die Kompromiss-Idee mit der Verbindung von Steuerreform und AHV-Finanzierung als sozialem Ausgleich.

Die Gegenfinanzierung ist jetzt gegenüber der abgelehnten USR III und dem Status quo klar besser:

■ Da ist erstens die Erhöhung der Dividendenteilbesteuerung beim Bund auf 70 Prozent für qualifizierte Beteiligungen. Die Begrenzung der kantonalen Dividenden auf mindestens 50 Prozent ist wenig befriedigend, aber immerhin eine klare Verbesserung gegenüber heute (bisher keine Vorgaben und tiefere Besteuerungssätze).

■ Die Entlastungsbegrenzung – das heisst die maximale steuerliche Entlastung der Unternehmen – wird enger gefasst, das ist positiv, wenn auch immer noch sehr grosszügig für die Unternehmen.

■ Der NID, also der Zinsabzug auf Eigenkapital, der im Abstimmungskampf zur USR III ein grosser Stein des Anstosses war, ist an einen hohen Mindeststeuersatz gebunden



Anita Fetz, Ständerätin BS

und damit nur noch für Hochsteuernkantone wie Zürich anwendbar.

■ Von zentraler Bedeutung ist die Einschränkung der steuerfreien Auszahlung von zurückgestellten Kapitaleinlagen (KEP). Diese überfällige Korrektur der USR II konnten wir neu in die Vorlage integrieren. Seit der Einführung dieses Kapitaleinlageprinzips 2011 sind zwei Billionen Franken an Kapitalreserven zurückgestellt worden, und es entstand ein Steuerausfall von durchschnittlich einer Milliarde pro Jahr. Neu soll nun gelten, dass Kapitalreserven nur in dem Ausmass steuerfrei ausgeschüttet werden dürfen, wie auch steuerbarer Gewinn ausgeschüttet wird.

Insgesamt reduziert all dies die Steuerausfälle auf etwa zwei Mia. Franken, bei der USR III waren es drei Milliarden. Das ist immer noch gewaltig viel, jedoch vorwiegend auf die massive Reduktion der kantonalen Gewinnsteuern zurückzuführen. Die Kantone haben diese um ca. 40 Prozent gesenkt oder sind im Begriff, dies zu tun. Womit sich endgültig die Frage stellt, welche Standortpolitik die Schweiz betreiben will. Wir haben nun die international tiefsten Unternehmenssteuern – ein klares Signal, dass man noch mehr internationale Konzerne in die Schweiz holen will. Gleichzeitig wurde eine Masseneinwanderungsinitiative angenommen, weil viele Leute finden, wir hätten zu viele ausländische Arbeitskräfte. Was für ein Widerspruch!

Die AHV verteilt wirksam um

Nun zur AHV-Seite des Kompromisses. Sie wird zusätzlich zwei Milliarden Franken jährlich erhalten. Diese Stabilisierung der Finanzierung

ist dringlich, weil unser zentrales Sozialwerk früher als erwartet in die roten Zahlen gerät. Nun wurde kritisiert, dass für einen Drittel der Zusatzfinanzierung die Arbeitnehmenden aufkommen müssen. Das stimmt. Dabei übersehen jedoch viele den springenden Punkt: Mehr als 90 Prozent der Leute zahlen im Laufe ihrer Erwerbstätigkeit weniger Geld in die AHV ein, als sie später als Rente erhalten. Das ist der solidarische Umverteilungseffekt von Reich zu Arm in der AHV. Die Folge davon: Die sieben bis zehn Prozent GrossverdienerInnen finanzieren den Grossteil dieser zwei Milliarden. Damit schaffen wir den geforderten sozialen Ausgleich zur Steuervorlage.

Wir verbinden hier also zwei grosse Themen, wo wir dringlich Lösungen brauchen: ein vernünftiges Vorgehen – auch wenn ich bei der Steuervorlage einiges lieber anders geregelt sähe.

Übrigens geht es in beiden Dossiers nur um Zwischenstationen:

■ Die AHV wird finanziell für ein paar Jahre stabilisiert. Das verschafft Zeit für die geplante AHV-Reform. Die Rentenalterfrage hat im vorliegenden Kompromiss keinen Platz, weil er sonst platzt.

■ Auch die Steuervorlage wird so nur ein paar Jahre halten. International laufen die Arbeiten bereits, um die Steuervermeidungsstrategien globaler Konzerne weiter einzuschränken.

Butterbrot für Topstandort

Kommt der Kompromiss auch im Nationalrat durch, wäre es dann an den Kantonalparteien, die massive Reduktion der Gewinnsteuern vor Ort zu bekämpfen. Dafür gibt es gute Argumente: Die meisten Kantone haben mit 10 bis 13 Prozent die tiefsten Gewinnsteuern im OECD-Raum. Wir sollten unseren Topstandort nicht länger für ein Butterbrot an ausländische Firmen verkaufen. Das Geschäftsmodell des Steuerdumpings wird in Zukunft international noch mehr unter Druck geraten.



WAHLEN 2019

«Wir wollten wissen, was den Leuten unter den Nägeln brennt»

Liebe Barbara, in Zürich wart ihr sehr erfolgreich. Die SP gewann vier Sitze im Parlament und 3,2 Prozent Wähleranteil hinzu. Welchen Beitrag leistete aus deiner Sicht die Basiskampagne zu diesem Wahlsieg?

Wir haben insgesamt mit über 23 000 Menschen in der ganzen Stadt gesprochen, haben sie aber nicht nur an die Wahlen erinnert wie bei herkömmlichen Basiskampagnen, sondern schon einige Monate vorher bei einer gross angelegten Quartierumfrage das Gespräch gesucht. Wir wollten wissen, was den Leuten unter den Nägeln brennt, was sie sich für Zürich und ihr Quartier wünschen.

Fand auch eine Mobilisierung «nach innen» statt?

Ja! 560 Leute haben mitgeholfen, darunter viele, die bisher kaum aktiv waren. Leute aus verschiedenen Sektionen haben sich dank der Basiskampagne kennen gelernt und Ideen ausgetauscht. Und die Sektionen haben ihre

übrigen Wahlkampfaktivitäten nicht etwa heruntergeschraubt, im Gegenteil. Ich hatte den Eindruck, dass sich Basiskampagne und andere Wahlkampfelemente sogar gegenseitig beflügelt haben, dass man einfach doppelt so viel gemacht hat wie in den Wahlkämpfen zuvor. Sogar Sektionen, die zuerst gemault haben, dass man kurz vor den Wahlen doch auf der Strasse sein müsse und deshalb keine Zeit zum Telefonieren habe, haben am Ende einfach beides gemacht, und zwar beides mit Vollgas.

Die Quartierumfragen habt ihr «von Tür zu Tür» durchgeführt. Wie funktionierte das?

Im Prinzip haben wir an der Haustür einfach dieselbe Umfrage durchgeführt wie am Telefon. Die Reaktionen waren überwiegend positiv und haben alle Erwartungen übertroffen. Gut 80 Prozent der Leute, die zu Hause waren, wollten mit uns reden. Tür-zu-Tür-Touren zu organisieren, ist zwar aufwändiger, als Telefonaktionen durchzuführen.

Aber ich bin überzeugt, dass diese Methode, gerade auch in ländlicheren Gebieten, sehr viel bringt. Erstens haben immer weniger Leute einen Telefonbucheintrag. Wenn wir also weiterhin mit möglichst vielen Menschen das Gespräch suchen wollen, müssen wir auch an die Haustüren gehen. Zweitens hinterlässt ein Besuch von einem SP-Mitglied aus der Nachbarschaft einen bleibenderen Eindruck als ein Anruf oder ein Flyer im Briefkasten. Ein Besuch gibt der SP ein Gesicht, ist verbindlicher.

Im Frühling finden hier in Luzern kantonale Wahlen statt. Hast du uns einen Tipp?

Hohe Ziele setzen und gewinnen! Wenn sich dank dem Engagement von vielen Mitgliedern ein guter Drive entwickelt, dann ist viel mehr möglich, als man vor den Wahlen laut zu sagen wagt. Und bitte tragt den Campaigner*innen Sorge, die machen nämlich einen Wahnsinnsjob.

Interview: Priska Lorenz



Mitglieder der SP Zürich bei der Quartierumfrage



ZUR PERSON

Barbara Spirig (45) leitete den Basiswahlkampf zu den Wahlen in der Stadt Zürich. Ab Herbst arbeitet sie bei der SP Schweiz und wird dort unter anderem für die Begleitung der Wahlen im Kanton Luzern zuständig sein.



Gemeinsam für den anderen Aargau!

WAS LÄUFT? UND WARUM (NICHT)?

Zum Präsidiumswechsel eine Bestandesaufnahme: Was läuft politisch im Aargau? Nichts. Die Abbaupolitik der bürgerlichen Mehrheit hat ein Schlachtfeld hinterlassen, und neoliberaler Psychoterror wirkt: Wer staatliche Leistungen beansprucht, fühlt sich schuldig – und traut schon gar nicht, nach mehr zu fragen. Die Regierung bringt keine Geschäfte, keine grossen Würfe – aus Angst vor den Kosten. Der Grosse Rat übt sich in seinen wenigen Sitzungen in Totalverweigerung und Populismus. Weil es nichts mehr zum Abbauen und Einsparen gibt, werden neue Sündenböcke gesucht: Nach den Flüchtlingen nun von Sozialhilfe abhängige Menschen. Unverhohlen wird gefordert, die Hilfe zusammenzustreichen. Der Staat soll sich seiner wichtigsten Aufgabe, der Verantwortung für die Gesellschaft, entledigen. Das ist ein Angriff auf grundlegende Menschenrechte und ein sozialrechtlicher Rückfall. Weil es die Medien nicht tun, muss es die SP anklagen. Wir müssen uns einmal mehr wehren. Wir dürfen aber nicht in Abwehrhaltung erstarren. Wir müssen auch aufzeigen, wie wir uns einen Kanton vorstellen, in dem Bildung, Sicherheit und sozialer Ausgleich wieder einen Wert haben. Dazu braucht es eine finanzpolitische Wende. Unsere Gegensteuer-Initiative zeigt den Weg auf. Gehen wir ihn mit Lust und Weitsicht!

Dieter Egli aus Windisch ist SP-Grossrat, Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.

Gabriela Suter aus Aarau ist Präsidentin der SP Aargau und Grossrätin.



Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Am 9. Juni haben mich die Delegierten zur Präsidentin der SP Aargau gewählt. Für das grosse Vertrauen und die überwältigende Unterstützung danke ich von Herzen. Es ist mir eine Ehre, dieses verantwortungsvolle Amt zu übernehmen, und ich trete es mit viel Freude und mit vollem Engagement an. Die neue Geschäftsleitung wird bis Ende Juni die Aufgaben in der Parteileitung verteilen und das Vizepräsidium bestimmen. Danach geht die Knochenarbeit los: Als erste grosse Aufgabe erwarten uns die nationalen Wahlen 2019.

Elisabeth und Cédric haben es geschafft, die SP in den letzten Jahren wieder stärker und sichtbarer zu machen. Es ist ihnen

gelingen, die Partei als soziale und fortschrittliche Bewegung zu aktivieren. Diesen Weg möchten wir von der Geschäftsleitung weitergehen, zusammen mit euch Mitgliedern, mit den Sektionen, mit den Bezirksparteien und mit der Fraktion, denn Parteiliebe ist Teamarbeit.

Wenn wir als SP in diesem Kanton mehr Einfluss haben wollen, dann müssen wir ein deutliches, verständliches Profil haben und uns als Bewegung verstehen. Wir müssen nicht nur in den Parlamenten, sondern auch auf der Strasse (und im Internet) mit unseren Themen präsent sein und mobilisieren – mit Initiativen, Referenden, Demonstrationen. Die SP muss die Fahnenrätlerin des anderen, des gemeinsam lebensfrohen Aargaus sein.

Die SP ist eine breite Volkspartei, in der verschiedene Meinungen Platz haben. Wir brauchen den innerparteilichen Austausch, das Engagement aller für inhaltliche Debatten in einer lebendigen Partei. Diese konstruktive Diskussionskultur bringt unsere Partei weiter. Die SP soll aber auch ein Ort sein, wo

gemeinsam gearbeitet, gefeiert und gelacht wird. Die Zusammenarbeit mit den Sektionen und Bezirksparteien ist mir ein zentrales Anliegen. Wir wollen diese Kontakte auch weiterhin pflegen, regionale Themen in der kantonalen Politik aufnehmen und die Sektionen in ihrer lokalen Arbeit und bei Kampagnen unterstützen.

Zusammen können wir den anderen Aargau – den gerechten, solidarischen Aargau – noch sichtbarer machen und noch mehr Menschen für unsere Bewegung begeistern. Wir sind es, die für mehr soziale Gerechtigkeit, für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Bildungswesens und der Chancengerechtigkeit und gegen den weiteren Leistungsabbau kämpfen, wir sind es, die den ökologischen Umbau fordern, wir sind es, die unseren Kanton zukunftsfähig machen. Wir sind der andere Aargau, der Aargau von morgen!

Ich bin überzeugt: Zusammen schaffen wir es, bei den Wahlen nächstes Jahr an Wähler_innenanteil zuzulegen und den dritten Nationalratssitz zurückzuzahlen! Packen wir es an!

Man muss es wollen!

BARBARA EGGER-JENZER WAR VON 2002 BIS 2018 BERNER SP-REGIERUNGSRÄTIN UND ENGAGIERTE VORSTEHERIN DER KANTONALEN BAU-, VERKEHRS- UND ENERGIEDIREKTION. IHR FAZIT: «MAN KANN VIEL BEWEGEN – ABER ES PASSIERT NICHT VON SELBST.»

«Dene was guet geit, giengs besser, giengs dene besser, was weniger guet geit.» Diese Liedzeile von Mani Matter hat mich immer geleitet – in den letzten 16 Jahren auch beim Bauen, bei der Energie und beim Verkehr. Heute schaue ich zurück und stelle fest: Äs geit besser!

Zum Beispiel die Berner Energiepolitik: Bei meinem Amtsantritt vor 16 Jahren habe ich bei der Einweihung eines Gebäudes noch ganz stolz auf den Minergie-Standard hingewiesen. Damals hatten wir im kantonalen Gebäudeportfolio gerade 90 Quadratmeter Minergie-Fläche. Heute sind es 215 000 Quadratmeter. Das ist eine **Ver-2389-fachung!**

Der Wärmeverbrauch in den Gebäuden ist in dieser Zeit um 27 Prozent, der CO₂-Ausstoss um 58 Prozent gesunken. Im Schnitt nimmt der Kanton heute 1 Plusenergiegebäude pro Woche ins Förderprogramm auf. Vor 16 Jahren förderte der Kanton pro Jahr 250 Energie-Projekte. Heute sind es 3000.

Zum Beispiel die Berner Verkehrspolitik: Der ÖV ist seit dem Jahr 2002 unglaublich viel dichter und komfortabler geworden. Sein Anteil ist im Kanton Bern von 22 Prozent auf 27 Prozent gestiegen. Die S-Bahnen fahren nicht mehr im Stundentakt, sondern immer

häufiger im ¼-Stunden-Takt, teilweise sogar im 7½-Minuten-Takt, sie fahren auch im Emmental und im Oberaargau als komfortable Doppelstöcker und barrierefrei mit Niederflureinstieg. Es gibt Dutzende neue Linien, neue Bahnhöfe und Haltestellen.

Zum Beispiel beim Bauen: Drei Viertel aller mineralischen Bauabfälle werden heute rezykliert. Mit diesem Baustoffkreislauf ersetzen wir fast 20 Prozent Rohstoffe wie bspw. Kies.

Eigentlich sollte ich nicht mehr «wir» sagen. Am 31. Mai bin ich nach 16 Jahren aus dem Berner Regierungsrat zurückgetreten. Jetzt ist mein Nachfolger fürs Bauen, für den Verkehr und für die Energiepolitik zuständig. Seine Partei führt auch ein S und ein P im Namen, aber in der Mitte noch ein V.

Ich bin trotzdem guten Mutes. Die positiven Entwicklungen der vergangenen Jahre können nicht einfach rückgängig gemacht werden. So hatte vor 16 Jahren noch keine einzige Berner Gemeinde einen Energierichtplan. Heute sind es 40. Und heute ist die Berner Cleantech-Branche der Berner Uhrenindustrie ebenbürtig. Sie schafft einheimische Arbeitsplätze, die Wertschöpfung für den Kanton generieren. Und eine Mehrheit beginnt sich daran zu stören, dass durch

den Kauf von Heizöl jedes Jahr mehr als eine halbe Milliarde Franken aus dem Kanton ab- und in die Kassen von Diktaturen fliesst.

Der Markt gibt neue Signale. Vor 16 Jahren haben sich die Stromkonzerne der Schweiz darum gestritten, wer die neuen AKW bauen darf. Als vor anderthalb Jahren die Alpiq ihre AKWs für einen symbolischen Franken verkaufen wollte, fand sie keinen Abnehmer. Und am 20. Dezember 2019 geht das Berner AKW Mühleberg vom Netz. Wir haben mit neuen bzw. frisch sanierten Wasserkraft-Anlagen vorzusorgen begonnen. Es sind 142 Gigawattstunden Strom dazugekommen, in der Pipeline sind mit dem Trift-Werk weitere 145 Gigawattstunden.

Diese Entwicklungen sind nicht einfach so passiert. Man muss sie steuern. Man muss wollen, dass die Luft sauber bleibt, dass möglichst wenig Bodenfläche zerstört wird, dass der Lärm nicht überhandnimmt. Nur so können wir unseren Kindern und Grosskindern für die Zukunft eine intakte Natur und gleichzeitig gute, sichere Infrastrukturen mitgeben. Ich habe das 16 Jahre lang gewollt und versucht, so viele positive Entwicklungen anzustossen wie irgend möglich. Heute sage ich: Äs geit besser – aber es ist nicht von selbst passiert. Bleiben wir dran!

Barbara Egger-Jenzer

Mehr Vergleiche 2002 – 2018:
www.goo.gl/AnzQ9p

PARTEITAG VOM 26. MAI 2018

Blick in die Zukunft von «Basel 2035»

DIESES JAHR WAR DER PARTEITAG DER FERNEN ZUKUNFT UND DEN VISIONEN GEWIDMET. EINE GROSSE ANZAHL MITGLIEDER HAT SICH MIT MÖGLICHEN VISIONEN FÜR DIE SP AUSEINANDERGESETZT. EIN VERSUCH, DIESEN ARBEITSREICHEN TAG ZUSAMMENZUFASSEN.

Trotz des wunderschönen und heissen Sommertages haben sich 60 Genossinnen und Genossen im Restaurant Rialto versammelt, um über «Basel für alle 2035» zu diskutieren.

Als Einstieg führte Pascal Zwicky, verantwortlicher Themenmanager der SP Schweiz, mit einer Zeitreise durch gesellschaftliche Entwicklungen. Wichtige Themen heute seien: Care/Sorgearbeit, Umwelt, Migration, Wohnen und Digitalisierung. In der Bearbeitung der verschiedenen Themen brauche es mutige Antworten. Das Ziel sei eine erfolgreiche, starke SP auf der Höhe der Zeit.

Heike Oldröp vom Stadtteilsekretariat Kleinbasel gab einen Input zum Thema Mitwirkung und Partizipation. Die informelle Partizipation erstreckt sich vom Informiertwerden über das Mitsprechen, Mitentscheiden bis hin zur Selbstverwaltung. Zudem stellte sie gute wie auch schlechte Beispiele der Mitwirkung im Kleinbasel vor.

Am Nachmittag wurde in sieben Workshops konkret an verschiedenen Themen gearbeitet, diskutiert und fantasiert. Einen Blick ins 2035 zu werfen, war sehr inspirierend. In den Workshops wurde sehr enthusiastisch gearbeitet und die eine oder andere Begleiterscheinung der heutigen Entwicklung in Frage gestellt.

Visionen und Thesen aus den Workshops

Die Zweiklassengesellschaft, die schleichen- de Privatisierung und vor allem die Entso-

lidarisierung haben ein Ende. Die Stadt ist vom Individualverkehr völlig befreit. Bei Generationenfragen wird der Fokus auf das Positive gelegt, alle Menschen, egal welchen Alters, werden ernst- und wahrgenommen. Anstehende Probleme werden generationenübergreifend gelöst. Lebenslanges Lernen ist garantiert und finanziert. Die Lebensarbeitszeit wird dank der Digitalisierung reduziert. Die Produktivitätsfortschritte durch Digitalisierung werden sozialisiert. Unbürokratische Anreizsysteme für die Förderung einer solidarischen Ökonomie zeigen ihre Wirkung. Es gibt ein Label, welches für ökologische, solidarische und soziale Wirtschaft steht.

Die Region ist zusammengewachsen, es gibt eine politische Plattform «links im 3-Land» und mehr als nur zwei Tramlinien an grenzüberschreitendem ÖV. Bildung, Kultur, Sport, Jugend und Tourismus werden viel stärker gefördert. Die Gleichstellung ist ein Querschnittsthema und wird überall mitgedacht, so auch in der Raumplanung und Stadtentwicklung. Alle Bevölkerungsgruppen werden in wichtige Entscheidungsprozesse einbezogen, die Gesellschaft ist offen und das Geschlecht spielt keine Rolle mehr. Die solidarische Gesellschaft ist wieder in Mode gekommen und der Wert der Arbeit für die Allgemeinheit hat an Bedeutung gewonnen.

Die Parteileitung nimmt die ausgearbeiteten Ideen nun auf und erarbeitet Vorschläge zur Umsetzung der Visionen in Wirklichkeit.

Kerstin Wenk ist Vizepräsidentin der SP Basel-Stadt



GEDANKENSPIEL VON KERSTIN WENK: MEIN ALLTAG MIT 65, WENN DIE SP-VISIONEN UMGESETZT WÜRDEN

Die Region Basel ist eng zusammenge- rückt. Es ist normal, in St.-Louis ins Theater zu gehen oder nach Lörnach an den Fussballmatch. Basel ist grün und von Autos befreit. Neue Technologien machen dies möglich. Ich stehe mit dem Natel im Laden und kann per App meine Einkäufe vom Roboter gleich nach Hause bringen lassen. Die Digitalisierung hat enorme Vorteile. Und dank lebenslangem Lernen kann ich mit den rasanten Entwicklungen mithalten. Meine Arbeit brauchte in den letzten Jahren auch nur noch die Hälfte meiner Anwesenheit. Mit der gewonnenen Zeit kann ich mich um meine bereits sehr alten Eltern kümmern. Auch die Gesellschaft hat sich entwickelt, alle Menschen sind gleichberechtigt.



ABSTIMMUNGEN: HERZLICHEN DANK!

Der vergangene Abstimmungs- sonntag war ein Freudentag. Die deutliche Annahme der vier Wohn-Initiativen ist ein klares Zeichen dafür, dass die Stossrichtung für eine soziale Wohnpolitik die richtige ist. Das überragende Abstimmungs- resultat wäre nicht ohne die Unterstützung von vielen Menschen zustande gekommen. Die Beteiligung in der Kampagne war ausgesprochen vielfältig und sehr gut. Jeder einzelne Beitrag zum Abstimmungs- kampf war ein Baustein für den Erfolg. Das Parteipräsidium mit Pascal, Beda und Kerstin sowie das Sekretariat mit Nicole, Dariusch und Livia danken allen ganz herzlich für die Unterstützung.



Frauen auf den Geleisen und in den Küchen

Gisela Nyfeler,
Projektleiterin
Landesstreik

#Landesstreik
#GrèveGénérale

ÜBER DIE DOPPELBELASTUNG DER FRAUEN IM LANDESSTREIK – EIN GESPRÄCH MIT DER HISTORIKERIN KATHARINA HERMANN.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Lebensmittel für die Schweizer Bevölkerung immer knapper. Der Milchpreis stieg ins Unermessliche. Leidtragende waren vor allem die Arbeiterfrauen und ihre Kinder.

Für die Zürcher Arbeiterinnen war das Mass im Frühsommer 1918 voll, der Krieg hatte ihnen viel abverlangt und nun fehlte es an allen Ecken und Enden, um die hungrigen Mäuler zu stopfen. Unter der Führung des SP-Mitglieds Rosa Bloch zogen im Juni über 1000 wütende Frauen vor das Zürcher Rathaus. Sie forderten die «*sofortige Beschlagnahme aller Lebens- und Bedarfsartikel, Enteignung und Verteilung derselben unter Kontrolle der Arbeiterschaft nach Massgabe des Bedarfes, nicht des Besitzes*». Stundenlang harrten die Frauen vor dem Rathaus aus, bis die Herren Kantonsräte drinnen beschlossen, Rosa Bloch-Bollag sprechen zu lassen. So etwas hatte es noch nie gegeben, die Anhörung einer Frau im Kantonsrat war eine Premiere. Die Männer liessen sich überzeugen, zumindest teilweise: Der Milchpreis wurde von 36 auf 33 Rappen gesenkt.

Welche Rolle die Schweizer Frauen sonst im Ersten Weltkrieg und beim Landesstreik gespielt haben, weiss man bis anhin kaum. Katharina Hermann füllt mit ihrer Doktorarbeit der Universität Bern diese Lücke.

Katharina, du beschäftigst dich nun seit anderthalb Jahren mit der Rolle der Frauen im Landesstreik. Was ist bis jetzt deine wichtigste Erkenntnis?

Meine wichtigste Erkenntnis ist, dass die Frauen fast überall beim Landesstreik aktiv dabei waren. Wenn man die Zeitungen von 1918 anschaut, werden in den Artikeln oft auch Frauen erwähnt. Erstaunlich ist, dass die Frauen bis jetzt noch nicht thematisiert worden sind. Leider gibt es kaum Fotos von Arbeiterinnen aus dieser Zeit. Auf den Fotos sind hauptsächlich Soldaten zu sehen, manchmal streikende Arbeiter. Das könnte die Vorstellung, Frauen hätten nicht am Landesstreik teilgenommen, geprägt haben.

Was waren die zentralen Anliegen der Arbeiterfrauen im Ersten Weltkrieg in der Schweiz?

Ihr zentrales Anliegen war der Kampf gegen die Teuerung und die schlechte Lebensmittelversorgung. Ihre Männer erhielten während des Aktivdienstes nur einen Sold. Erwerbsersatz gab es keinen. Das reichte nicht, um die



Katharina Hermann beim Gespräch

Familie zu ernähren. Wenn die Männer weg waren, mussten die Frauen selber schauen, wie sie die Familien durchbringen konnten.

Was haben die Arbeiterinnen während des Landesstreiks gemacht?

Ganz viel! In Frauenversammlungen organisierten sie sich und verteilten Aufgaben: Sie engagierten sich in der Lebensmittelversorgung. Sie richteten eine Notunterstützungskommission ein, damit während dem Streik die Ärmsten mit dem Nötigsten versorgt werden konnten. Sie machten es sich zur Aufgabe, Kinder und Jugendliche vor Konflikten mit dem Militär zu schützen. Die Schulen blieben im Herbst 1918 wegen der Spanischen Grippe geschlossen. Sozialdemokratische Lehrerinnen und Lehrer organisierten für die Kinder Ausflüge ins Zürcher Umland.

Die Arbeiterinnen nahmen aber auch aktiv an den Demonstrationen auf der Stras-

se teil und blockierten Geleise. Sie standen Streikposten in den Wirtschaften, um sicherzustellen, dass niemand Alkohol trank. Die Arbeiterinnen versuchten die Soldaten davon zu überzeugen, einen allfälligen Schiessbefehl nicht auszuführen oder in die Luft zu schiessen.

Das klingt nach einer ziemlich grossen Doppelbelastung: Care-Arbeit und dann noch demonstrieren gehen ...

Wenn über Streik gesprochen wird, werden meist nur Aktivitäten wie Arbeitsniederlegung in Fabriken, Errichten von Barrikaden, Demonstrationen etc. genannt. Die Betreuung der Kinder und die Lebensmittelversorgung werden nicht bedacht. Frauen nehmen in dieser Sichtweise nur indirekt an einem Streik teil. Ich glaube, hier braucht es einen anderen Blick. In meiner Forschung zeigt sich immer mehr, wie relevant die Organisation der Lebensmittelversorgung und Kinderbetreuung für den Ablauf des Landesstreiks und vieler anderer Streiks war.

Dasselbe liesse sich vielleicht auch für den Frauenstreik von 1991 feststellen, der unter dem Motto stand: «Wenn Frau will, steht alles still.» Spannend wäre herauszufinden, wie die Frauen damals die Kinderbetreuung organisierten und ob sie vielleicht für die ganze Familie vorgekocht haben, bevor sie an die Demo gingen.

Katharina Hermann studierte in Basel und Berlin Geschichte und Deutsche Philologie. Seit Oktober 2016 promoviert sie an der Universität Bern im SNF-Projekt «Krieg und Krise: Kultur-, geschlechter- und emotionshistorische Perspektiven auf den schweizerischen Landesstreik vom November 1918». In ihrer Dissertation erforscht sie den Landesstreik unter frauen- und geschlechterhistorischen Gesichtspunkten.

Eine ausführlichere Version dieses Interviews und zusätzliches Bildmaterial findet sich auf www.landesstreik1918.ch

Wie war's 1991?

Liebe Genossinnen, liebe Leserinnen
Wie war das eigentlich beim Frauenstreik 1991? Wie habt ihr damals die Kinderbetreuung organisiert? Habt ihr für die ganze Familie vorgekocht, bevor ihr an die Demo gegangen seid?

Schickt uns eure Geschichten an:
landesstreik@spschweiz.ch
Wir freuen uns, von euch zu lesen!

Commons und die Demokratie



VIELE MENSCHEN REDEN HEUTE VON COMMONS. ABER WAS SIND COMMONS? LUKAS PETER ARGUMENTIERT, DASS COMMONS EINE ANDERE, EMANZIPATORISCHE ART UND WEISE BIETEN, WIE WIR UNSERE WELT VERSTEHEN UND ORGANISIEREN KÖNNEN. DAMIT ERÖFFNEN SICH NEUE (PARTEI)POLITISCHE PERSPEKTIVEN.

Ein Gespenst geht um die Welt – das Gespenst der Commons. Wie Gespenster sind Commons fast unsichtbar und existieren wie ein Schatten in unserem Alltag und unserem Bewusstsein. In einer Welt, welche von monetären Werten geprägt ist, werden sie selten wahrgenommen – und wenn, dann nur als kostenlose Ressourcen und Dienstleistungen, die «der Wirtschaft» zur Verfügung gestellt werden. In diesem Sinne bilden sie eine unsichtbare und unbezahlbare Quelle unseres Daseins und unserer Existenz. Denn ohne Commons gäbe es keine Gesellschaft, kein Selbst, keine Welt, keine Wirtschaft und kein Leben. Aber was sind denn Commons? Commons sind die Ressourcen, Dienstleistungen und Aktivitäten, welche Menschen teilen und gemeinsam hervorbringen. Es könnten zum Beispiel der genetische Code, Luft, Sprache, Wissen, Care-Tätigkeiten, öffentliche Güter oder ökologische Systeme sein. Die Sprengkraft des Commons-Gespensts besteht darin,

dass es die fundamentale Frage stellt: Wem gehört diese Welt eigentlich?

Zwei Erzählungen:

Wirtschaftsliberalismus und Commons

Wie die Erzählung des Wirtschaftsliberalismus geht auch das Commons-Narrativ davon aus, dass die Welt ursprünglich allen Menschen gehörte. Aber bereits kurz darauf unterscheiden sich die Geschichten des Wirtschaftsliberalismus und der Commons. Der Wirtschaftsliberalismus geht im Allgemeinen davon aus, dass sich die Menschen die Natur durch ihre individuelle Arbeit aneigneten und dadurch Privatbesitz erzeugten. Weil nicht alle Individuen gleich fleissig waren, können existierende sozio-ökonomische Ungleichheiten dadurch legitimiert werden. Weil nicht alle Individuen alles produzieren konnten, erfanden sie Geld und die Markt-

* Siehe dazu «Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter» (2009) von Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.).



Lukas Peter hat kürzlich seine Dissertation über «Democracy, Markets and the Commons» in Politischer Philosophie an der Universität Zürich und am NCCR Democracy abgeschlossen. Nebenbei arbeitet er ehrenamtlich für die Genossenschaftskäserei basimilch in Dietikon (ZH), welche nach den Prinzipien der solidarischen Landwirtschaft organisiert ist. Er ist Vater von zwei Kindern und lebt in Zürich.

Privatisierung der Gesellschaft



wirtschaft. Hier existiert jedes Individuum in einem Konkurrenzverhältnis mit allen anderen Menschen. Hier wird Wohlstand mit Produktivität gleichgesetzt und mit dem Bruttoinlandsprodukt gemessen. Freiheit wird als die Verfügung über materielle Güter und uneingeschränkte Handelsmöglichkeiten verstanden. In dieser Welt beschränkt sich die Aufgabe des Staates auf die Aufrechterhaltung der Eigentumsordnung. Diese Geschichte ist die Rechtfertigungsfabel des Kapitalismus.

Im Gegensatz zu dieser Geschichte geht das Commons-Narrativ sowohl von historischen Gegebenheiten als auch von einem anderen Verständnis der Realität aus. Hier wird angenommen, dass die Welt nicht aus einzelnen atomistischen Individuen besteht, sondern aus Beziehungen, Verflechtungen und Netzwerken. Menschen haben nie vollkommen alleine gelebt, sondern sind stets auf die gegenseitige Unterstützung, Hilfe und Zuwendung anderer Mitmenschen angewiesen. Auch wenn Kampf und Krieg existieren, bilden die Interdependenz und die Kooperation die eigentliche Grundlage unserer Existenz. Zusätzlich handeln Menschen selten vollkommen alleine. Das impliziert, dass die

Ressourcen der Natur in der Menschheitsgeschichte vor allem als Gemeineigentum oder als Commons organisiert wurden. Freiheit wird hier nicht lediglich als die Abwesenheit von Zwang angesehen, sondern als der Zugang zu Ressourcen und die gegebene Möglichkeit, kollektiv zu handeln. Klassische Beispiele dafür sind die Allmenden wie Weiden, Wälder und Gewässer, welche im Mittelalter relativ verbreitet waren. Wie die Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom gezeigt hat, existieren solche Allmenden heute noch und sind wegen ihrer demokratischen Verwaltung besonders anpassungsfähig, robust und nachhaltig. In der Schweiz haben solche Gemeingüter eine lange Tradition, die heute noch in den Korporationen, den Genossenschaften und dem Vereinswesen weiterlebt. Andere Beispiele von – immateriellen – Commons sind überliefertes Wissen und Kulturtechniken («Skills»), welche früher in Zünften und der Kirche und heute in der Berufsbildung, Universitäten, Bibliotheken und im Internet kultiviert, geteilt und weitergereicht werden. Diese Commons-Perspektive erzeugt eine andere, oder vielleicht überhaupt eine eigentliche Geschichte der Eidgenossenschaft.

Die Einhegung und Übernutzung der Allmenden

Aber wieso hat die Bedeutung der Commons in der jungen Menschheitsgeschichte so stark abgenommen? Der zentrale Grund dafür ist die sogenannte ursprüngliche Akkumulation oder «Einhegung der Allmenden», welche vor allem in England ab dem 15. Jahrhundert und in der frühen Neuzeit im Namen der erhöhten Produktivität und des nationalen Wohlstands zunahm. Kurz gesagt, wurden hier Allmenden beziehungsweise Gemeingüter in individuelles Privateigentum umgewandelt. Dieser Prozess war zum Teil sehr gewaltvoll und hat viele Menschen von ihren Subsistenzmitteln getrennt. Obwohl diese Leute von den feudalistischen Verhältnissen befreit wurden, mussten sie nun ihre Arbeitskraft auf dem Markt verkaufen, um ihre Existenz

zu sichern. Dadurch gewannen der (Arbeits-) Markt und das individuelle Privateigentum an gesellschaftlicher Bedeutung. Gleichzeitig ermöglichte diese neue Eigentumsordnung die unbeschränkte Akkumulation von Ressourcen. In einer Welt der begrenzten Ressourcen bedeutet das, dass diejenigen mit Privateigentum sich immer mehr Ressourcen aneignen konnten, während sich der Zugang für viele andere Menschen verknappte. Die aktuellen ökologischen Probleme sind nur eine Auswirkung davon. Das ist die eigentliche Geschichte, welche sich hinter der Entstehungsfabel des Wirtschaftsliberalismus verbirgt. Aber der Prozess der Enteignung ist nicht abgeschlossen, sondern er ist inhärenter Bestandteil des Kapitalismus. Und anstatt von Einhegung spricht man eher von Privatisierung und Ausbeutung. Die sogenannte Tragik der Allmende (Garrett Hardin) liegt somit nicht in der Allmende selbst, sondern in deren unregulierter Privatisierung und der daraus resultierenden Übernutzung unserer gemeinsamen Ressourcen.

Commons und die «Co-Production» des Staates

Lange wurde angenommen, dass die Antwort auf diese Probleme der Kommunismus sei. Im 20. Jahrhundert wurde diese Antwort als zentralistischer Staat interpretiert. Wie wir heute wissen, ist eine solche Gesellschaft sowohl ineffizient als auch unfrei. Aber die Commons – oder der Communismus – bietet eine Alternative «jenseits von Staat und Markt», wie Elinor Ostrom und andere Commons-Forscherinnen und -Forscher argumentieren. Commons bieten eine Alternative zum (zentralistischen) Staat, weil Commons von den Nutzerinnen und Nutzern und denjenigen, die stark davon betroffen sind, selbst respektive demokratisch reguliert und verwaltet werden. Im Prinzip soll das Korruption und Übernutzung verhindern sowie faire und dem Kontext angepasste Regeln ermöglichen. Das heisst nicht, dass der Staat überflüssig ist oder abgeschafft werden soll, sondern dass Menschen (mehr) Mitspracherecht an ihrem Wohnort, in ihrer Siedlung, in der Stadt- respektive Dorfentwicklung und in der öffentlichen Verwaltung haben sollen. Der Staat soll nicht die öffentlichen Angelegenheiten für seine Bürgerinnen und Bürger regeln, sondern sie unterstützen und sie dazu befähigen, ihre Angelegenheiten selbst respektive demokratisch zu regeln.

Um das zu realisieren, gibt es verschiedene Ansätze und Beispiele: Die Bewohnerinnen und Bewohner einer städtischen

Der Prozess der Enteignung ist inhärenter Bestandteil des Kapitalismus.

Siedlung können mitentscheiden, wie ihr Wohnumfeld entwickelt und geregelt wird; öffentliche Pärke und Plätze werden nicht als neutrale Orte konzipiert, sondern durch die Benutzerinnen und Benutzer selbst mitgestaltet. Ein gutes Beispiel eines solchen selbstverwalteten öffentlichen Parks ist die

«Stadion-Brache» in Zürich. Wie dieses Beispiel zeigt, werden damit unglaublich viel Energie und Kreativität freigesetzt, ohne dass dies ins Chaos führte. Ein anderes klassisches Beispiel dafür ist der Bürgerhaushalt («Participatory Budgeting»), welcher in Brasilien relativ verbreitet ist und bei dem Bürgerinnen und Bürger an der Ausarbeitung der öffentlichen Budgets mitarbeiten können. So können diese aktiv (mit)entscheiden, wie ihre gemeinsamen öffentlichen Gelder eingesetzt werden. Hier wird von der «Co-Production of Public Policy» gesprochen. Zusätzlich könnten öffentliche Güter zum Beispiel durch Genossenschaften oder Vereine organisiert werden, in denen jede Bürgerin und jeder Bürger einen Anteilschein besitzt. Das wäre

zum Beispiel eine Antwort auf die aktuellen Probleme der Post. Bezüglich demokratischer Mitbestimmung ist die Schweiz im Vergleich mit anderen Ländern relativ stark, aber es gibt sicher noch viel Luft nach oben. Im Allgemeinen geht es hier um die Anpassung der öffentlichen Dienste und Güter an die sich wandelnden Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger. Und zwar nicht durch die Privatisierung, sondern durch die demokratische Inklusion und Beteiligung der Betroffenen. In diesem Sinne sind Commons nicht eine entgegengesetzte Alternative zum Staat, sondern eine Demokratisierung der staatlichen Institutionen.

Gemeinsames Unternehmertum und der Markt als Commons

In einem ähnlichen Sinne sind Commons nicht eine komplette Alternative zum Markt, sondern eine Demokratisierung der Wirtschaft. Was aber bedeutet die Demokratisierung der Wirtschaft? Im Allgemeinen impliziert der Begriff, dass die Vorherrschaft des individuellen Privateigentums, welches auf dem Prinzip der Exklusion beruht, durch das Gemeineigentum ersetzt werden soll. Insofern ist das Ziel der Commons nicht die Verstaatlichung oder die «Aufhebung des Privateigentums» (Marx), sondern die Demokratisierung des Privateigentums. Das bedeutet jedoch nicht, dass unsere Zahnbürste und unsere Unterhosen kollektiviert werden müssen, sondern lediglich, dass mehr Ressourcen geteilt werden. Die Betonung liegt

darauf, dass Menschen Zugang zu Ressourcen haben, um wirtschaftlichen Tätigkeiten nachgehen und gemeinsam über die Entwicklung ihrer existenziellen Grundlagen bestimmen zu können. Menschen sollen dadurch mehr unternehmen können! Somit wird mehr Freiheit für mehr Menschen rea-

lisiert. Hier kann das Unternehmen selbst als ein Common verstanden werden. Klassische Beispiele dafür sind Genossenschaften, die betriebliche Mitbestimmung wie in Deutschland oder das «Rehn-Meidner-Modell», das in Schweden erprobt wurde. Neuere Formen solcher Ansätze existieren zum Beispiel in kollaborativen Formen des Wirtschaftens wie der Sharing Economy und in der sozialen und solidarischen Ökonomie. Diese Beispiele zeigen, dass das Teilen Innovation freisetzt, welche jedoch mit fairen und nachhaltigen Prinzipien untermauert werden muss. Im Gegensatz zu älteren Modellen betonen Commons jedoch nicht, dass nur die Arbeiterinnen und Arbeiter mitbestimmen können, sondern auch diejenigen Menschen, die davon stark betroffen sind. Somit ergibt sich ein «Community»-Ansatz des Wirtschaftens, der wichtige gesellschaftliche Akteure integriert. Erwünscht ist insofern eine Verschiebung von Shareholdern zu Stakeholdern, wobei bei den Commons die Stakeholder auch Shareholder sein sollen, um die ökonomische

Macht innerhalb einer Organisation gerecht zu verteilen. Ein Beispiel dafür ist die solidarische Landwirtschaft, die Produzentinnen und Konsumenten zusammenbringt, um gemeinsam eine dezentrale und demokratische Lebensmittelversorgung zu realisieren. «Community Development Organizations» wiederum versuchen ökonomische Sicherheit durch regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Aber wie die soziale und solidarische Ökonomie zeigt, müssen solche Commons nicht auf die lokale Ebene beschränkt sein, sondern können durch Handelsnetzwerke auch Menschen auf der anderen Seite des Globus integrieren. Aber vielleicht sollten wir nicht nur Firmen und Handelsnetzwerke, sondern den Markt selbst als Commons verstehen. Hier müssten die davon betroffenen Menschen bei der Gestaltung von Marktinstitutionen und der Ausarbeitung von Handelsverträgen integriert werden, um faire und ökologische Prinzipien zu berücksichtigen. So könnte eine Wirtschaft realisiert werden, welche nicht lediglich auf

Konkurrenz, Wachstum und Verdrängung, sondern vor allem auf Kooperation, Existenzsicherheit und der freien Entfaltung aller Menschen beruht.

Parteilpolitische Perspektiven der Commons

Zum Schluss kann gesagt werden, dass das Sichtbarmachen von Commons interessante parteipolitische Perspektiven bietet. Einerseits ermöglichen Commons neue Allianzen und Sympathien. Commons sind erstens sozialdemokratisch, weil sie den Zugang zu Ressourcen und die Selbstentfaltung für alle Menschen anstreben; zweitens sind sie liberal, weil sie die Selbstbestimmung und Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger hochhalten; und drittens sind sie nachhaltig, weil ihre inklusive und demokratische Organisationsform eine ökologische Nutzung unserer Ressourcen ermöglicht. Andererseits sind Commons für die Sozialdemokratie von grosser Bedeutung, weil sie ein neues gesellschaftliches Feld aufmachen, das weder rein staatlich noch rein marktwirtschaftlich ist. Politik ist hier nicht auf den Staat beschränkt, sondern inhärenter Bestandteil des alltäglichen und «privaten» Lebens. Eine solche Politik unterstützt Menschen dabei, selber aktiv zu werden und sich ihre eigenen Lebenswelten gemeinsam wieder anzueignen und sie zu verändern. Das ist nicht immer leicht und geschieht selten ohne Konflikte, aber nur durch diese Demokratisierung der ganzen Gesellschaft kann die Freiheit aller nachhaltig ermöglicht werden.



Selbstverwaltete Parks wie die «Stadion-Brache» in Zürich setzen viel Energie und Kreativität frei.

Vielleicht sollten wir den Markt selbst als Commons verstehen.

Vielleicht sollten wir den Markt selbst als Commons verstehen.



bern.ch

ZUM TOD VON ALEXANDER TSCHÄPPÄT (1952 – 2018)

Merci, lieber Alex

1989 liess ein Untersuchungsrichter auf Ersuchen der USA den saudischen Milliardär Kashoggi in dessen Schweizerhof-Suite festnehmen. Im gleichen Jahr stand er der parlamentarischen Untersuchungskommission für die Aufarbeitung des Fichen-Skandals als juristischer Experte zur Seite – und erntete auch hier viel Lob. Durch diese Doppelrolle stand Alexander Tschäppät unvermittelt national und international im Scheinwerferlicht. Wenig später betrat er mit seiner Wahl zum SP-Nationalrat das nationale politische Parkett.

Seit 2000 Mitglied der städtischen Exekutive, wurde Alex Tschäppät vier Jahre später Präsident der «schönsten Stadt der Welt», wie er Bern nannte. Es sollte die Rolle seines Lebens werden: Der volksnahe Stapi sah es – wie schon zuvor als Baudirektor – als seine grösste Aufgabe, die Stadt so zu entwickeln, dass sie den Menschen, die in ihr leben und arbeiten, hohe und höchste Lebensqualität bietet. Mit seiner grossen Tatkraft wirkte er genauso engagiert für Randständige wie für Familien, Seniorinnen oder Junge. Allen begegnete er auf Augenhöhe. Alle hatte er bei der sorgfältigen und nachhaltigen urbanen Erneuerung im Auge. Die Stadtbevölkerung begann wieder zu wachsen, Arbeitsplätze und bezahlbarer Wohnraum entstanden, Bern wurde (noch) schöner und gesündete finanziell. Oder wie es der Journalist Bernhard Giger passend formulierte: «Es gibt das alte Bern noch immer, das alte Bern der Stadtgründer, die Quartiere des 20. Jahrhunderts. [...] Was man jedoch sieht von dieser neuen Stadt, und wie sie sich einfügt in die alte, das trägt, unverkennbar, Alexander Tschäppäts Handschrift.»

Auch kulturell hat das politische Zentrum der Schweiz unter Alex' Leitung einen Quantensprung gemacht. In seine Amtszeit fallen die Eröffnung des Paul-Klee-Zentrums, die Durchführung des Einstein-Jahres oder die Sanierung des Stadttheaters. Sportlich erlebten die Bernerinnen und Berner dank Alex Höhenflüge. Er holte mit Verhandlungsgeschick und seinem ausserordentlichen Beziehungsnetz die Eiskunstlauf-EM oder die Tour de France nach Bern. Bei der Euro 08 bescherte er Bern unter Beihilfe der holländischen Fans das rauschendste Fest bis zur YB-Meistertitelfeier 2018. Unter seiner Amtsführung ist die Stadt vielfältiger, offener und attraktiver geworden.

Er war erfolgreich als Stapi – keine Frage. Immer authentisch, niemals berechnend, nahbar und ehrlich. Und er konnte motivieren und Vertrauen schaffen, im Wissen, dass einer allein nur wenig auszurichten vermag. Die gelegentlichen Ausrutscher verziehen ihm die Bernerinnen und Berner. Bei der dritten Stapi-Wahl 2012 erhielt Alex 70 Prozent der Stimmen.

Es gebe ein Leben nach der Politik, prophezeite ihm sein Freund Klaus Woweireit. Womit er in diesem Fall leider falsch lag. Viel zu früh wurde Alex Tschäppät von seiner Krankheit aus dem Leben gerissen und musste sich von seiner Partnerin und seinen beiden Söhnen, von Freundinnen und Freunden, politischen Weggefährtinnen und Widersachern verabschieden. Er tat dies mit bewegenden Worten, an der Abschiedsfeier im Berner Münster vorgelesen von seiner Lebensgefährtin. Bevor er allen ein letztes Mal die Hand reichte, wolle er einen Wunsch mit auf den Weg geben: «Ich wünsche uns allen, dass Aufrichtigkeit die gemeinsamen Anstrengungen bestimmt, Leidenschaft und das Wissen, dass im öffentlichen Leben das kostbarste Gut, das wir verlieren können, die politische Kultur ist. Die gegenseitige Achtung. Der Umgang miteinander. Und das Vertrauen der Menschen zueinander und in die Welt.»

Alex hat als Stadtpräsident, als Nationalrat und als Mensch Spuren hinterlassen – bleibende Spuren. In der Sozialdemokratischen Partei, in Berns Erscheinungsbild und der Lebenswelt seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Wir danken Alex dafür von Herzen.

Flavia Wasserfallen, Nationalrätin BE, ehemalige Co-Generalsekretärin SP Schweiz, Co-Präsidentin SP Stadt Bern 2010 – 2012



Neues Handbuch: SP in der Agglo

Was unter der Bundeshauskuppel geschieht, mag die politische Medienberichterstattung Politik prägen. In den allermeisten Fällen findet Schweizer Politik aber kleinräumig statt. Ohne das starke Fundament ihrer Sektionen könnte die SP Schweiz nicht funktionieren. Denn was wir den Millionen-Kampagnen unserer politischen Gegner entgegenhalten können, ist das Engagement unserer Mitglieder. Und dieses organisiert sich in den Kantonalparteien- und zuallererst in den Sektionen.

Das vierte Sektionshandbuch «Starke SP in der Agglo» ist aus dem gleichnamigen Projekt der SP Schweiz der Jahre 2014 bis 2016 entstanden. Es basiert auf einer Vielzahl von Besuchen, Gesprächen und der Tätigkeit vor Ort – eben dort, wo Sektionsarbeit stattfindet. Ein Patentrezept gibt es nicht, aber eine Viel-

zahl von Möglichkeiten und guten Ideen, die bereits von vielen Sektionen getestet und umgesetzt wurden. Wie immer handelt es sich dabei um die Kombination eines guten Themas mit einem guten Mittel. Das vorliegende Handbuch besteht deshalb aus einer Sammlung von Themen, die in Agglomerationssektionen besonders gut funktionieren, und einer Palette von Methoden, die dabei angewendet werden können. Anhand von konkreten Beispielen zeigt es mögliche Lösungsansätze auf, damit auch andere Sektionen – ob Agglo oder nicht – davon profitieren können. Das Sektionshandbuch ist ab sofort auf dem Sekretariat der SP Schweiz (kommunikation@spschweiz.ch) bestellbar.

Theater Théâtre Teatro Teater +

1918.CH

16. 8. – 23. 9. 2018 Olten

100 Jahre Landesstreik
Centenaire de la grève générale
Centenario dello sciopero nazionale

Mit 20 Theatergruppen aus allen Landesteilen

Alte Hauptwerkstätte Olten – 6 Minuten zu Fuss vom Bahnhof
Infos und Vorverkauf: www.1918.CH

LESERBRIEF

Düstere Zeiten für die Gleichstellung

Im Artikel «Düstere Zeiten für die Gleichstellung» und im Editorial des letzten «links» wird vieles zur unerträglichen Trägheit der Fortschritte im Bereich der Gleichstellung geschrieben. Und das alles ist wohl richtig! Aber wäre nicht auch eine selbstkritischere Betrachtung dieser Entwicklung vonnöten? Wie viele Bewegungen, Demonstrationen, Aktionsformen etc. hat die SP zur Erreichung der Gleichstellung organisiert? Sicher weniger, als nötig und vor allem möglich gewesen wären. Von solchen Aktionen ist schliesslich schon im Parteiprogramm der SP Schweiz von 1982 die Rede: «Demokratie in einer Gesellschaft, wie wir sie anstreben, geht weit über die blosser Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen hinaus. Sie muss durch Selbstorganisation, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung verwirklicht werden. [...] Selbstverwaltung heisst: Die Menschen nehmen die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme, von denen sie betroffen sind, gemeinsam in die Hand. [...] Wir müssen innerhalb und ausserhalb der staatlichen Institutionen mit der gleichen Intensität aktiv werden.» Tönt fast utopisch! Aber dies sind unsere Verpflichtungen, von denen wir noch einige Schritte entfernt sind. Sie zu realisieren allerdings wäre für alle Beteiligten ergiebiger, als in der Bedeutungslosigkeit zu verharren. Packen wir's also an: «Seien wir realistisch – versuchen wir das Unmögliche!» Dies ist zwar kein Zitat aus dem Parteiprogramm, sondern es war viel eher der Grundsatz von Menschen wie Gandhi oder Guevara. Ich bin aber überzeugt, es würde uns sehr gut bekommen, in der heutigen Zeit wieder vermehrt im Sinne dieses Zitats zu leben.

Beni Gnos, SP Allschwil



Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Geschichte der Gewerkschaftsbewegung D1.8.1809

27.–28. August, Hotel Flora Alpina, Vitznau

Inhalt: Historische Entwicklung, Gewerkschaftskulturen, gemeinsame Werte und Ziele

ReferentIn: Adrian Zimmermann (Historiker) und Annette Hug (Historikerin)

Arbeit und Gesundheit im Unternehmen – Ausbildung für Sicherheitsbeauftragte (SiBe) gemäss Suva-Standard D2.2.1812

10. September und 18. Oktober, Hotel Olten, Olten

Inhalt: Gesetzliche Grundlagen und Systematik von Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit, Umsetzung mit dem 10-Punkte-Sicherheitssystem in der Praxis, Methoden zur Gefährdungsermittlung und Massnahmenplanung, Mitwirkung, Umsetzung, Ressourcen

ReferentInnen: Christine Michel (Unia), Samuel Woodtli (Gesundheitsschutzfachmann)

Doppelte Buchhaltung: Einführungskurs D 1.8.1825

10.–11. September, Oberdorf SO, Fortbildungszentrum

Inhalt: Eine Vereinsbuchhaltung eröffnen (Eröffnungsbilanz), Geschäftsfälle verbuchen und die Jahresrechnung erstellen (Schlussbilanz und Erfolgsrechnung)

Referentinnen: Anna Barbara Kappeler (Betriebsökonomin), Karin Baumann (Unia)

Streiks in der Schweiz – einst und jetzt! D1.8.1814

19. September, Zürich, Schweizer Sozialarchiv

Streiks in der Schweiz – vom Landesstreik 1918 bis heute, Beispiele von erfolgreichen Arbeitskämpfen der jüngsten Zeit

Referenten: Christian Koller (Direktor Sozialarchiv), Adrian Zimmermann (Historiker)

Medienarbeit: professionell und praxisnah D1.8.1820

20.–21. September, Oberdorf SO, Fortbildungszentrum

Inhalt: Grundlagen der Medienarbeit, die richtige Botschaft in der richtigen Form, Körpersprache, Sprechregeln, Atemtechnik, Umgang mit Lampenfieber
Referentin: Bruna Fossati (Fachfrau für Kommunikation und Organisationsentwicklung)

Schreibwerkstatt D1.8.1823

24.–25. September, Bern, Computerschule Bern

Inhalt: Texte kritisch lesen, lustvoll und sorgfältig schreiben, komplexe Verhältnisse verständlich und ohne Phrasendrescherei darstellen, Artikel und LeserInnenbriefe in frischer Sprache verfassen

Referent: Stefan Keller (Journalist und Autor)

Frontalangriff auf das Arbeitsgesetz D2.2.1803

26. September, Restaurant Aarhof, Olten

Inhalt: Bedeutung der Arbeitszeiterfassung, Analyse des Burnout-Schutzes, Gefahren der totalen Flexibilisierung, betroffene Branchen, gewerkschaftliche Forderungen und geplante Aktionen
Referent: Luca Cirigliano (SGB)

Wie funktioniert meine

Pensionskasse D2.3.1809

2. Oktober, Hotel Ambassador, Bern

Inhalt: Aufbau der 2. Säule, Finanzierung, Leistungen und Funktionsweise der beruflichen Vorsorge

Referentin: Sia Lim (SEV)

Krankenkasse und Unfallversicherung D2.3.1807

4. Oktober, Hotel Geroldswil, Geroldswil

Inhalt: Grundversicherung, Zusatzversicherungen, Franchise und Selbstbehalt, Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Unfall, Wechsel der Krankenkasse

Referentin: Katharina Prelicz-Huber (VPOD)

Mit Mindmap die Infoflut bewältigen D2.6.1805

12. Oktober, Hotel Banana City, Winterthur

Inhalt: Umgang mit der Infoflut, Auswahlkriterien, Techniken und Strategien für erhöhte Lesegeschwindigkeit, Mindmapping
Referent: Michael Liechti (Erwachsenenbildner)

Löhne – Kaufkraft – Beschäftigung D1.8.1808

17. Oktober, Zürich, VPOD-Sekretariat

Inhalt: Wirtschaftliche Zusammenhänge, Klärung von Grundbegriffen der Ökonomie, Verteilungsfrage, aktuelle Probleme und gewerkschaftliche Antworten

ReferentIn: Daniel Lampart (SGB), Christine Goll (Movendo)

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von 250.– statt 390.– respektive 300.– statt 450.– pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

AGENDA 2018

9.–12. AUGUST
Sommeruni, Chandolin

15. SEPTEMBER

Mitgliederversammlung
SP Frauen*, Bern

22. SEPTEMBER

Demo Lohngleichheit, 13.30 Uhr,
Schützenmatte, Bern

2./3. NOVEMBER

Funktionär*innenschulung
für Mitarbeitende und Präsidien
von Kantonalparteien zu den
Wahlen 2019, Murten

10. NOVEMBER

Jubiläumsanlass Landesstreik 1918,
14–16 Uhr, Olten

16. NOVEMBER

«Die Fraktion lädt ein», Bern

1./2. DEZEMBER

Parteitag, Brugg Windisch AG

www.spschweiz.ch/agenda



Im «links» inserieren?

Medienvermarktung
GmbH
Kilian Gasser
Gitschenstrasse 4
6460 Altdorf
041 871 24 46
kg@kiliangasser.ch

Sinnvoll. Sicher.

- Velo ergänzt unser Verkehrssystem
- Mehr Sicherheit dank Velowegen
- Sport und Tourismus profitieren

23. September 2018

www.bundesbeschlussvelo-ja.ch

JA



***Bundes-
beschluss
Velo***